

Vandenhoeck & Ruprecht

Heft 3 | 2018 | ISSN 2191-995X

INDES

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND GESELLSCHAFT

Sozial- demokratie

Klaus Detterbeck Die Labour Party
unter Jeremy Corbyn **Kristina Meyer**
Die Sozialdemokratie in Anbetracht
des Rechtspopulismus **Thomas**
Nowotny Die notwendige Sozial-
demokratie **Thomas Greven**
Linke Perspektiven in den USA
Christoph Butterwegge Aufstehen



INHALT

	1	Editorial ≡ Jens Gmeiner/Matthias Micus
INTERVIEW	7	»Menschen dürfen nicht Objekte von Entscheidungen sein« Ein Gespräch mit Bernd Faulenbach über Traditionen, Krisen und Perspektiven der Sozialdemokratie
>> ANALYSE	20	Wehret den Anfängen Von der notwendigen Selbstreflexion der Sozialdemokratie in Anbetracht des Rechtspopulismus ≡ Kristina Meyer
	29	Die notwendige Sozialdemokratie Warum Ralf Dahrendorf irrt und was es heute braucht ≡ Thomas Nowotny
	45	Was die SPD braucht Wie linker Realismus und Idealismus zusammengehen ≡ Nils Heisterhagen
	49	»Erfolgreich« regierende Sozialdemokraten Politische Aufstiegswege, Richtungs- und Kompetenzprofile ≡ Detlef Lehnert
	59	Licht am Ende des Tunnels? Reformpotentiale der SPD durch die jüngste Beitrittschwelle ≡ Martin Grund/Pauline Hühlich/Hannes Keune
	70	Kern-Axiome sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik Eine historische Herleitung ≡ Nikolaus Kowall

- 79 **Auf zu neuen Ufern?**
Die Labour Party unter Jeremy Corbyn
≡ Klaus Detterbeck
- 89 **Linke Perspektiven in den USA**
Die Suche nach einem neuen sozialdemokratischen Projekt
≡ Thomas Greven
- 98 **Auf eine Nebenrolle reduziert**
Die Parti socialiste in Frankreich
≡ Teresa Nentwig
- 108 **Die soziale Bewegung als Zielbild**
Parteireformen und Gesellschaftswandel im Gleichschritt?
≡ Felix Butzlaff

SAMMLUNGSBEWEGUNG

- >> ANALYSE 118 **Warum Aufstehen?**
Zur Zukunft linker Politik
≡ Bernd Stegemann
- 124 **Teil der Lösung oder Teil des Problems?**
Die Hürden der linken Sammlungsbewegung
≡ Robert Pausch
- 130 **»Aufstehen«**
Gegen die gesellschaftliche Spaltung und den Rechtsruck
≡ Christoph Butterwegge
- 135 **Linke Sammlungsbewegung?**
Im Prinzip: Ja! – Aber so?!
≡ Horst Heimann
- 146 **Relaunch**
Warum die gesellschaftliche Linke einen Neuanfang braucht
≡ Benjamin-Immanuel Hoff

DIE SOZIALE BEWEGUNG ALS ZIELBILD

PARTEIREFORMEN UND GESELLSCHAFTS- WANDEL IM GLEICHCHRITT?

≡ Felix Butzlaff

Fast alle Parteifamilien haben über die vergangenen Jahrzehnte kontinuierlich an gemessenem Vertrauen der Bevölkerung eingebüßt, haben sukzessive Mitglieder und Wähler verloren. Als Transmissionsriemen für einen gesellschaftlichen Wandel ist das Format Partei in westlichen Gesellschaften auch deswegen kaum mehr plausibel. Spätestens seit den Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre jedenfalls spüren Parteien einen steigenden Druck, Erlebnisse bereitzustellen, die eher mit sozialen Bewegungen verbunden werden, um ihre Attraktivität und Legitimation zu sichern.

Bewegungen gegenüber gelten Parteiorganisationen nicht nur als schwerfällig, bürokratisch und immobil, sondern als machtstrategische, hierarchische Formationen, die mittels Patronage und Bevormundung gesellschaftlichen Wandel geradezu erschweren und jede Initiative in ein Korsett von Ausgleichsmechanismen und Quoten pressen, bis am Schluss kaum ein gesellschaftlicher Wandlungsanspruch mehr übrig ist. Zudem müssen Parteien mit ihrem umfassenden programmatischen Anspruch zwangsläufig inhaltliche Kompromisse moderieren, während in Bewegungen Menschen durch ein engeres übergeordnetes Thema zusammengebracht werden und sich so einem zusammenschweißenden Kollektiv zugehörig fühlen.

Es sind nicht umsonst genau die Parteien, die selbst nicht (mehr) Partei, sondern Bewegung sein wollen, welche zuletzt in Wahlen, in der öffentlichen Wahrnehmung oder bei den Vertrauenskenntzahlen gegen den Trend eines Niedergangs hinzugewonnen haben. Gesellschaftliche Veränderung jedenfalls wird heutzutage anscheinend von Parteien nicht mehr erwartet, sondern mit dem Format Bewegung assoziiert.

Ein Engagement in und als Bewegungen kommt dem modernen Verständnis von legitimer und wirkungsvoller Partizipation entgegen, da Bewegungen inhaltlich viel enger konzentriert auf ein Thema oder wenige Themen sind und ein flexibles und punktuelles Mitmachen erlauben. Bewegungen tragen in sich das Gefühl des Altruismus und Engagements für das Allgemeinwohl, welches Parteien nicht mehr im selben Maße zugetraut wird. Die

1 Vgl. Erik Olin Wright, *Envisioning real utopias*, London 2010.

2 Vgl. Felix Butzlaff, *Die neuen Bürgerproteste in Deutschland: Organisatoren – Erwartungen – Demokratiebilder*, Bielefeld 2016; Sabine Saurugger, *The social construction of the participatory turn: The emergence of a norm in the European Union*, in: *European Journal of Political Research*, Jg. 49 (2010), H. 4, S. 471–495.

3 Vgl. Peter Mair, *Ruling the void: The hollowing of Western democracy*, London 2013.

4 Vgl. Zygmunt Bauman, *Liquid Modernity*, Cambridge 2012.

5 Vgl. Japhy Wilson u. Erik Swyngedouw (Hg.), *The Post-Political and Its Discontents: Spaces of Depoliticisation, Spectres of Radical Politics*, Edinburgh 2014.

6 Vgl. Ingolfur Blühdorn, *The governance of unsustainability: Ecology and democracy after the post-democratic turn*, in: *Environmental Politics*, Jg. 22 (2013), H. 1, S. 16–36.

7 Vgl. exemplarisch Anika Gauja, *Party Reform: The Causes, Challenges, and Consequences of Organizational Change*, Oxford 2017.

8 Vgl. Ofer Kenig, *Democratization of party leadership selection: Do wider selectorates produce more competitive contests?*, in: *Electoral Studies*, Jg. 28 (2009), H. 2, S. 240–247.

Beispiele hierfür sind mannigfaltig: Von den Wahlkampagnen von Barack Obama, Bernie Sanders und Donald Trump über Jeremy Corbyns Labour und Emmanuel Macrons *En Marche* und die österreichische ÖVP unter Sebastian Kurz bis hin zu den aktuell erfolgreichen Rechtspopulisten, die allesamt mehr als Bewegung denn als Partei verstanden werden wollen. Während also über lange Zeit die stabile und möglichst weit ausfassende *Organisation* einer politischen und gesellschaftlichen Gegenmacht das Versprechen in sich trug, eine bessere Gesellschaft zu ermöglichen, andere Realitäten zu schaffen und vorwegzunehmen – etwa in sozialdemokratischen oder christlichen Milieus –, ist es heutzutage gerade die fluide, bewegliche, nicht bürokratische, sondern kleine und innovative *ad hoc*-Sammlung, die ein Aufbrechen gesellschaftlicher Strukturen möglich machen soll.¹

Die soziologische Modernisierungstheorie hat diese grundlegenden Verschiebungen demokratischer Normen, der Bedeutung von Partizipation oder der Reproduktion individueller Identitäten in den westlichen Gesellschaften eingehend beobachtet und beschrieben. Gleichzeitig aber ist von der Parteienforschung bis dato kaum ein Versuch unternommen worden, diese Diagnosen sich wandelnder Gesellschaften fruchtbar zu machen für die Frage, warum und in welcher Form sich die Organisationsformate von Parteien verändern bzw. reformiert werden, um sie aus der Perspektive ihrer Gesellschaften legitimer und attraktiver zu machen. Denn auf der einen Seite sind Parteien in den westlichen Gesellschaften mit immer weiter steigenden demokratischen Erwartungen an Einbindung und Beteiligung der BürgerInnen konfrontiert – Partizipation ist zur neuen öffentlichen Norm geworden.² Auf der anderen Seite aber sind etablierte Institutionen und Formen der repräsentativen Demokratie immer stärker unter Druck geraten und beinhalten längst kein emanzipatorisches oder gar befreiendes Versprechen mehr, sondern haben an Vertrauen und Akzeptanz eingebüßt.³

Diese Ambivalenz gegenüber Facetten der Demokratie ist in der Modernisierungstheorie eingehend behandelt worden und hat Eingang gefunden in die theoretischen Konzepte der *liquid identities*⁴, der *Post-Politik*⁵ oder der *Emanzipation zweiter Ordnung*.⁶ Demgegenüber hat sich die Parteienforschung mehr dafür interessiert, inwiefern und wann Parteien auf interne oder externe Schocks reagieren, wenn sie Reformprojekte der eigenen Organisation angehen, um sich einer veränderten gesellschaftlichen Realität zu stellen. Wer sich wie in welchen Machtkonstellationen durchsetzt, ist dabei stets die wichtigste Frageperspektive.⁷ Das grundlegende gesellschaftliche Umfeld wird dabei als ein möglicher Einflussfaktor genannt, der Parteien als adaptive Organisationen beeinflusst⁸, dessen Einflussgröße aber nur schwer

genau zu beziffern sei. Da verschiedene gesellschaftliche Erwartungen und Hoffnungen nur schwer in ein politikwissenschaftliches Modell einzupassen sind, werden diese zwar als zentral und wichtig anerkannt, doch sind sie bis dato als eine Art Hintergrundrauschen nicht zum Kern analytischer Betrachtungen gemacht worden.

Durch diese auf innerparteiliche Einflussfaktoren und Machtarchitekturen konzentrierte Perspektive wird allerdings systematisch unterschätzt, dass Parteireformen seit den 1990er Jahren in der Entwicklungsrichtung samt und sonders ähnlich verlaufen sind. Denn Parteien folgen in ihrer Struktur und deren Wandlung ihrer inneren Wahrnehmung und Verarbeitung sich verändernder Gesellschaften – und die soziologische Modernisierungstheorie hat genau dazu Perspektiven und Begriffe entwickelt, um diese Spezifika zu subsumieren. Die international vergleichende Literatur hat dabei herausarbeiten können, dass die Reformanstrengungen politischer Parteien, sich ein neues, mehr bewegungsförmiges Gesicht zu geben, keine Entwicklungen eines Landes sind oder einer Parteifamilie, sondern sich überall in der Tendenz und Richtung (nicht im Ausmaß!) verzeichnen lassen. Ob »Konvergenz«⁹, »Isomorphismus«¹⁰ oder ein »Jahrzehnt der Parteireformen«¹¹ – viele Diagnosen unterstreichen, dass und wie sehr sich Versuche von Parteien ähneln, die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verschiebungen in eine passgenauere Form von Parteiorganisation zu übersetzen. So sehr, dass die Reform selbst, also die organisatorische Bewegung im Vordergrund steht, nicht das Ziel – dass also das Aufbrechen alter Strukturen per se zu einem »legitimierenden Mythos«¹² von Parteien geworden ist. Sie *müssen* sich also »bewegen«.

MODERNISIERUNG UND GESELLSCHAFT

Die Betrachtung gesellschaftlicher Ambivalenzen ist ein zentraler Pfeiler der Modernisierungstheorie. In der Kritik an Colin Crouchs Diagnose der *Postdemokratie*¹³ etwa ist von verschiedenen Seiten unterstrichen worden, dass es eben nicht – wie Crouch suggeriert hatte – eine neoliberale und bourgeoise Bedrohung durch korrupte und autoritäre Eliten sei, welche sich der Demokratie bemächtigt hätten, sondern dass durch eine *postdemokratische Wende*¹⁴ demokratische Normen sowie die Bedeutung von Emanzipation und Befreiung selbst ambivalent geworden seien und in modernen westlichen Gesellschaften ebenso als Versprechen wie als Bürde empfunden würden, denen das Individuum gerecht zu werden habe.

Beginnend bei Ronald Inglehart¹⁵, haben Soziologen herausgearbeitet, wie sich Prozesse der Identitätsbildung in post-industriellen Gesellschaften verschoben haben hin zu Themen der Selbstverwirklichung und Lebensqualität,

9 Vgl. William P. Cross u. Richard S. Katz, *The Challenges of Intra-Party Democracy*, in: Dies. (Hg.), *The Challenges of Intra-Party Democracy*, Oxford 2013, S. 1–10, hier S. 1.

10 Vgl. Florence Faucher, *New forms of political participation. Changing demands or changing opportunities to participate in political parties?*, in: *Comparative European Politics*, Jg. 13 (2015), H. 4, S. 405–429, hier S. 412.

11 Melanie Walter-Rogg, *Parteireformen und ihre Wirkung auf die Mitgliederentwicklung*, in: Ulrich von Alemann u. a. (Hg.), *Parteien ohne Mitglieder?*, Baden-Baden 2013, S. 247–269, hier S. 261.

12 Jonathan Hopkin, *Bringing the Members Back in? Democratizing Candidate Selection in Britain and Spain*, in: *Party Politics*, Jg. 7 (2001), H. 3, S. 343–361, hier S. 345.

13 Vgl. Colin Crouch, *Post-Democracy. Themes for the 21st Century*, Cambridge 2004.

14 Vgl. Blühdorn, *The governance of unsustainability*; Ders., *Post-Ecologist Governmentality: Post-Democracy, Post-Politics and the Politics of Unsustainability*, in: Wilson u. Swyngedouw, S. 146–166.

15 Vgl. Ronald F. Inglehart, *The silent revolution: Changing values and political styles among western publics*, Princeton 1977.

was unter anderem auch dazu geführt hat, dass BürgerInnen Eliten stärker infrage stellen, ihre direkte und individuelle Beteiligung einfordern und selbstbewusst politisch urteilen.¹⁶ Darauf aufbauend haben andere diese Gedanken auf die Konstruktion individueller Identitäten ausgeweitet: dass diese einerseits immer weniger sozial vorbestimmt, sondern Gegenstand eigener Entscheidungen¹⁷, und andererseits immer weniger dauerhaft, sondern wandelbar und flexibel seien.¹⁸ Dies hat zwar auf der einen Seite zur Emanzipation des Individuums von der Bevormundung durch Tradition, Familie oder Milieu geführt, auf der anderen Seite aber neue Pflichten und Abhängigkeiten geschaffen, da die individuelle Identität nun immer wieder selbst konstruiert und verantwortet werden muss, wofür Menschen ganz unterschiedlicher Ressourcen bedürfen. Diese Ambivalenz hat Zygmunt Bauman in seiner Beschreibung liquider Identitäten, die sich stets wandeln (müssen) und die dadurch jede Form kollektiven Handelns erschweren, zusammengefasst.¹⁹

Die »fragmentierten Subjekte«²⁰ der zeitgenössischen Moderne verstehen das eigene Selbst viel ambivalenter und dynamischer: Man kann mehrmals im Leben Identität und normative Bezugspunkte neu formulieren, kann die soziale Bezugsgruppe, Hobbys, Stil und Wertverständnis wechseln oder aber nebeneinander Widersprüchliches ertragen – und ist eben nicht mehr sein Leben lang Teil eines Milieus, in dem die Identität wurzelt, sondern sucht sein eigenes Selbst immer wieder neu.²¹

Dies ist auch eine Loslösung vom traditionellen und stabilen Identitätsverständnis, nach welchem ein autonomes und aufgeklärtes Subjekt seine Erfüllung und Bestimmung in der Verwirklichung einer einheitlichen, authentischen und widerspruchsfreien Persönlichkeit findet, mit der die eigene Identität in allen Lebensbereichen kohärent durchdekliniert wird. Diese Wandlung des Ideals vom eigenen Ich ist allerdings nicht zwangsläufig eine pathologische Abweichung von »gesunden« Identitätskonstruktionen, sondern mindestens ebenso ein Zeichen einer Emanzipation und Befreiung von als zu eng und bevormundend empfundenen Milieus und Traditionen bzw. deren organisatorischen Entsprechungen. Langfristige Bindungen, konsistente Normen und stabile Zuordnungen werden also zunehmend als Hindernisse für eine fortschreitende Emanzipation des Individuums empfunden.

Die Konzepte einer *reflexiven Modernisierung*²² bzw. einer *Emanzipation zweiter Ordnung*²³ bringen genau das zum Ausdruck: dass diejenigen Werte, welche die Moderne bis dahin ausgemacht hatten – v. a. ein autonomes und kohärentes Subjekt –, nun selbst zum Gegenstand einer Befreiung und Emanzipation werden und sich damit das Grundverständnis dessen, was progressiv und emanzipativ ist, grundlegend wandelt.

16 Vgl. Ders., *Modernization and Postmodernization: Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*, Princeton 1997.

17 Vgl. Anthony Giddens, *Modernity and Self-identity: Self and Society in the Late Modern Age*, Stanford 1991.

18 Vgl. Richard Sennett, *The Corrosion of Character: The Personal Consequences of Work in the New Capitalism*, New York 1999.

19 Vgl. Bauman.

20 Vgl. Andreas Reckwitz, *Subjektivität*, Bielefeld 2010, S. 125.

21 Vgl. Douglas Kellner, *Popular Culture and the Construction of Postmodern Identities*, in: Scott Lash (Hg.), *In Modernity and Identity*, Oxford 1992, S. 141–177; Kenneth J. Gergen, *The Saturated Self: Dilemmas of Identity in Contemporary Life*, New York 1995.

22 Vgl. Ulrich Beck u. a., *Reflexive Modernization Politics, Tradition and Aesthetics in the Modern Social Order*, Stanford 1994.

23 Vgl. Ingolfur Blühdorn, *Simulative Demokratie: Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*, Berlin 2013.

Gerade dies trifft eben auch Parteien und ihre gesellschaftliche Legitimation. Denn im gleichen Maße, wie für das Individuum Selbstbild und Wertvorstellungen flexibler, inkonsistenter und auch ambivalenter werden, gilt das auch für die organisatorischen Formate, welche lange Zeit die Sammlung gesellschaftlicher Interessen in westlichen Demokratien zur Aufgabe hatten. Dass Menschen sich ihr Leben lang einer politischen Partei zugehörig fühlen, ist in immer geringerem Umfang noch der Fall. Dass sie es akzeptieren, nur mit einem Teil des notwendigerweise ausgleichenden und kompromissorientierten Programms einverstanden zu sein, ebenso. Dass Parteien versuchen, auf diese neuen Beweglichkeiten organisatorisch wie programmatisch zu reagieren, und ihrerseits danach streben, flexibler und optionaler zu werden, ist ein elementarer Bestandteil ihrer Bewegungs-Werdung.

Gleichzeitig aber sind heutige westliche Gesellschaften natürlich mit nichten unzusammenhängende Sammlungen hyperflexibler Subjekte ohne Sinn für Soziales, Tradition oder Transzendenz. Der beschriebene Wandel der Subjekte und ihrer Identitätsreproduktion zeitigt denn auch verschiedene Folgen, die für Parteien und deren Akzeptanz wichtig werden. Einerseits schaffen die Notwendigkeiten, seine eigene Subjektivität stets neu zu aktualisieren, für das Individuum Nöte und Bürden, da es hierfür nicht mehr umfassend auf stabile soziale Großzusammenhänge zurückgreifen kann, sondern auf persönliche Ressourcen angewiesen ist, die nicht jedem im gleichen Maße zur Verfügung stehen – soziale, bildungstechnische, finanzielle. Andererseits haben sich mit der Modernisierung zwar trennscharfe und eindeutige Zuordnungen und Unterschiede aufgelöst, was – siehe Identitäten – Menschen zu größerer Freiheit und Flexibilität befähigt; dies bedeutet aber nicht, dass Grenzen und Eindeutigkeiten ihre Notwendigkeit eingebüßt hätten. Im Gegenteil: Je mehr die fehlenden Gewissheiten einer Moderne dem Einzelnen auferlegen, Entscheidungen selbst und immer wieder neu zu treffen, umso wichtiger wird für diesen das Bilden und Aufstellen von »provisorisch-moralischen Grenzkonstruktionen«²⁴, um nicht unter der Optionenvielfalt zusammenzubrechen. Alte soziale Grenzvorstellungen werden also durch neue ersetzt, welche allerdings nach anderen Prinzipien und oft *ad hoc* zusammengestellt werden.

Parteien verarbeiten und reagieren auf diese sich wandelnden gesellschaftlichen Realitäten. Ihre Versuche, sich selbst eine neue organisatorische Verfasstheit zu geben, zeigen, in welcher Weise sie selbst wahrnehmen, wie sich die Forderungen ihrer eigenen Mitglieder, Wähler und Sympathisanten entwickelt haben. Die eingangs unterstrichene soziale Bewegung als Zielbild lässt sich dabei in vielerlei Hinsicht finden. Drei Bereiche können hier herausgehoben werden:

24 Ulrich Beck u. Christoph Lau, Theorie und Empirie reflexiver Modernisierung: Von der Notwendigkeit und den Schwierigkeiten, einen historischen Gesellschaftswandel innerhalb der Moderne zu beobachten und zu begreifen, in: Soziale Welt, Jg. 56 (2005), H. 2/3, S. 107–135, hier S. 114.

EINBINDUNG & OFFENHEIT

Dass die Organisationen und Entscheidungsfindungsprozesse offener, transparenter und inklusiver werden sollen, ist das einigende Band aller Parteireformanstrengungen.²⁵ Vor allem Mitglieder und Sympathisanten werden dabei verstärkt in Entscheidungen und Meinungsbildung eingebunden.²⁶ Mehr Partizipation *außerhalb* der etablierten und institutionalisierten Kanäle, so die Erwartung, soll Legitimität und Vertrauen stiften und Menschen ein Gefühl geben, direkten Einfluss auf die Entscheidungen einer Partei über Personal und Inhalt zu haben. Dies umfasst vor allem Voten, Referenden, Abstimmungen über Kandidaturen und Parteiführungen, aber auch die verstärkte Einbindung in die Inhalts- und Programmerstellung sowie die zunehmende Beteiligungsöffnung für Nichtmitglieder. Partizipation verändert sich dabei von einer empfundenen Bürgernorm hin zur weniger verpflichtend wahrgenommenen Option, bei der man sich in wechselnden Konstellationen beteiligen kann.²⁷ Es ist dies auch das Angebot, dass Mitarbeit und Einbindung in Parteien keine umfassende Verpflichtung zur Beteiligung sind, sondern – was Zeit und Aufwand anbelangt – zu den Bedingungen des Einzelnen gestaltet werden können.

25 Vgl. Felix Butzlaff u. a., Im Spätsommer der Sozialdemokratie? In: Dies, (Hg.), *Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand*, Göttingen 2011, S. 271–300.

26 Vgl. Lars Bille, *Democratizing a Democratic Procedure: Myth or Reality? Candidate Selection in Western European Parties, 1960–1990*, in: *Party Politics*, Jg. 7 (2001), H. 3, S. 363–380.

27 Vgl. Gauja, *Party Reform*.

28 Vgl. Paul Pentings u. Reuven Y. Hazan, *Democratizing Candidate Selection: Causes and Consequences*, in: *Party Politics*, Jg. 7 (2001), H. 3, S. 267–275.

29 Vgl. Anika Gauja, *The Individualisation of Party Politics: The Impact of Changing Internal Decision-Making Processes on Policy Development and Citizen Engagement*, in: *The British Journal of Politics and International Relations*, Jg. 17 (2014), H. 1, S. 89–105.

INDIVIDUALISIERUNG VON PARTIZIPATION

Damit verbunden ist zudem eine Individualisierung und Vereinzelung von Partizipation. Nicht mehr die soziale Gruppe, das Kollektiv oder die Arbeitsgemeinschaft, in der sich Menschen organisieren, bildet den Bezugspunkt für eine Partei, Prozesse offener zu gestalten, sondern das einzelne Mitglied oder der einzelne Sympathisant.²⁸ Wenn sich Mitgliederabstimmungen oder Nichtmitgliederbefragungen direkt an Einzelne wenden bzw. diese zur Mitarbeit und Eingabe ihrer Sichtweisen und Wünsche auffordern, dann verspricht das u. a. eine direkte Kommunikation zwischen Mitglied/Sympathisant und Parteiführung. Daran knüpft auch die Annahme an, dass das Ausschalten traditioneller und vermeintlich überkommener Kollektivinstitutionen und Gruppen innerhalb von Parteien eine Befreiung und Emanzipation von als bevormundend empfundenen Strukturen bedeutet, da es ja nun – so das Versprechen – tatsächlich auf die Meinung und das Anliegen des *Einzelnen* ankommt, ohne dass Kompromiss- und Aushandlungsmechanismen diese verwässern. Diese Organisation von Partizipation allerdings schwächt die mittleren Organisationsebenen und Funktionäre von Parteien erheblich, welche bis dato die Hauptaufgabe der Kanalisierung und Bündelung von Interessen und die Vorbereitung eines Ausgleichs innerhalb der Organisationen übernommen hatten²⁹ – und die der Bewegungswendung von Parteien mitunter am stärksten skeptisch gegenüber stehen.

ZENTRALISIERUNG

Der dritte Bereich, in dem Parteien auf schwindende Mitgliederzahlen, Wählerverluste und wandelnde Ansprüche reagieren, lässt sich als zunehmende Zentralisierung und Professionalisierung bezeichnen. Dies ist zunächst einmal eine Folge der organisatorischen Zwänge, welche durch einen kontinuierlichen Mitgliederschwund in Großorganisationen verursacht werden. Wenn Ortsverbände kampagnen- und vernetzungsunfähig werden, weil Mitglieder fehlen oder aber immer älter werden, können organisatorische Routineaufgaben auf höheren Ebenen gebündelt und zusammengezogen werden, um arbeitsfähig zu bleiben. Auch empfinden viele Mitglieder gerade organisatorische Daueraufgaben oftmals als ermüdend und sind froh, wenn sie um diese erleichtert werden.

Darüber hinaus erwächst diese Zentralisierung auch aus dem Postulat, einen möglichst direkten Kommunikationskanal zwischen dem einzelnen Mitglied und der Parteiführung zu etablieren, durch welchen Mitglieder und Sympathisanten das Gefühl bekommen, ganz unmittelbar das Ohr der Partielite zu besitzen. Gleichzeitig aber ist diese Zentralisierung auch insofern eine direkte Folge der Individualisierung von Mitgliederpartizipation, weil eine Atomisierung und Vermehrung derjenigen, die mitentscheiden können, eben auch bedeutet, dass erheblich mehr an Entscheidungsgewalt bei der Zentralinstanz verbleibt, welche den Prozess steuert, Fragen auswählt und Entscheidungen vorbereitet. Die Organisation von innerparteilicher Gegenmacht jedenfalls wird durch diesen Bedeutungswandel von Partizipation enorm erschwert.³⁰

Die Demokratisierung und Öffnung von Parteien erscheint vor dem Hintergrund der zunehmenden Zentralisierung der Organisationen insofern als paradox oder widersprüchlich, weil damit keineswegs automatisch eine Ermächtigung der Mitglieder verbunden sein muss. Richard Katz etwa spricht auch von der Demokratisierung von Parteien als einer »Elitenstrategie, um die Basis zu schwächen«.³¹ Zeitgleich aber ist diese Erfahrung der Inszenierung von Demokratisierung nichts genuin Neues, sondern stets auch Begleiterfahrung organisatorischen Wachstums von Parteien wie Bewegungen gewesen.³²

Insgesamt also geht es bei Parteireformen, mit denen Parteien seit den 1990er Jahren auf Verluste an Mitgliedern, Wählern und Vertrauen reagieren, darum, die etablierten Prinzipien von Mediation, Kompensation, Delegation und Kompromiss als innerparteiliche Leitbilder abzuschwächen, weil diese als schwerfällig, überkommen und ineffizient gelten. Demgegenüber werden (flexible) Mitgliederbeteiligung, die Einbindung von Nichtmitgliedern und Sympathisanten sowie eine zunehmende Zentralisierung und die Orientierung an Politik als Dienstleistung (mit den Mitgliedern als Politik-Konsumenten und Datenlieferanten) stärker akzentuiert.

³⁰ Vgl. Faucher.

³¹ Richard S. Katz, *The Problem of Candidate Selection and Models of Party Democracy*, in: *Party Politics*, Jg. 7 (2001), H. 3, S. 277–296, hier S. 293.

³² Vgl. Thomas Leif, *Die professionelle Bewegung: Friedensbewegung von innen*, Bonn 1985.

DIE MODERNITÄT DER RECHTSPOPULISTEN

Soweit spiegeln Parteien das Bild, das Diagnosen der Modernisierungstheorie von einem (westlichen) Gesellschaftswandel zeichnen. Sie betonen in ihrer organisatorischen Entwicklungsrichtung die flexible, unbeschränkte und optionale Teilhabe, was ein nicht langfristig bindendes *Adhoc*-Engagement ermöglichen soll. Zudem zeigen sie die Ambivalenz gegenüber demokratischen Normen, indem sie diese einerseits besonders unterstreichen und andererseits durch eine zunehmende Zentralisierung (und damit auch Depolitisierung) wieder einschränken. Dass es modernisierungstheoretisch einander scheinbar widersprechende Entwicklungen in westlichen Gesellschaften gibt – Optionenvielfalt, Flexibilität und fehlende Eindeutigkeiten einerseits, die damit einhergehende Notwendigkeit neuer Grenzziehungen andererseits –, wird von den Parteireformen der letzten Jahrzehnte aufgegriffen.

Es ist bemerkenswert, dass Parteien oftmals *trotz* solcher Reformen *nicht* an Zuspruch gewinnen, sondern in der Tendenz weiter an Mitgliedern, Wählern und Akzeptanz verlieren. Dies mag damit zu tun haben, dass diese gesellschaftlichen Großtrends nicht uniform und in allen sozialen Gruppen gleichförmig verlaufen. Neue Partizipationsformen in Parteien zeigen dies sehr deutlich: Das soziale Profil derjenigen, die sich in offeneren und damit auch anspruchsvolleren Formaten einbringen ist noch enger als das der Parteimitglieder und führt keineswegs automatisch dazu, dass neue und breitere gesellschaftliche Gruppen den Weg in die Parteien finden.

Darüber hinaus tun sich gerade große Parteien, die einen Selbstanspruch als *Volkspartei* ausgeprägt haben, mit der Etablierung neuer Grenzziehungen besonders schwer.³³ Denn die immer weiter steigende Heterogenität nicht nur in ganzen Gesellschaften, sondern auch innerhalb von Parteien, verkompliziert den Ausgleich nach Innen und die Formulierung unhinterfragbarer Gewissheiten, hinter denen sich alle versammeln – auch, weil Mitglieder individualisiert und nicht als Teil einer Gruppe eingebunden werden. Durch dieses Verständnis der eigenen Mitglieder als Individuen aber rückt für Parteien nach innen wie außen die überzeugende Mobilisierung und auch die Formulierung kollektiver Probleme und Nöte in weite Ferne. Das einzelne Mitglied wird in seiner Beziehung zur Partei in der Tendenz vereinzelt und dadurch auch machtlos und unangebunden. Dies macht es zunehmend schwer, das Gefühl einer kollektiven Zugehörigkeit und Gemeinsamkeit zu entwickeln, welches oftmals eine zentrale Motivation für Menschen ist, sich einer Organisation anzuschließen. Gerade soziale Bewegungen mit ihrer vielfach engeren Themenfokussierung haben es hier leichter, das Gefühl einer Gemeinschaft von Gleichgesinnten zu schaffen. Gerade wenn Parteien also

33 Vgl. exemplarisch Matthias Micus, Patient Volkspartei? Über den Niedergang und deren Verkünder, in: *Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, Jg. 0 (2011), H. 0, S. 144–151.

den Bedeutungswandel von Mitgliederpartizipation nicht mit einer starken Kollektiverzählung begleiten und ein Management von Grenzkonstruktionen ermöglichen, die verdeutlichen, dass, warum und wozu man dazugehört, geht jedwedes mobilisierende Moment rasch ganz verloren.

Blickt man auf die zeitgenössische Konjunktur rechtspopulistischer Bewegungen, dann wird deutlich, dass sie genau dazu aber in der Lage sind: Sie formulieren das Versprechen, dass sich jedes Mitglied der Bewegung individuell und direkt von der Führung angesprochen fühlen kann, es flexibel und wechselnd eingebunden wird, der Einzelne aber *gleichzeitig* die vollkommen klare und unauflösliche Zugehörigkeit zu einem Kollektiv erfährt – zum Volk bzw. zur Nation. Hier verbinden sich die unterschiedlichen Anforderungen, Vertrauen zu stiften, auf eine höchst produktive Weise – und genau hier haben es sozialdemokratische und linke Parteien besonders schwer, eine absichernde provisorisch-moralische Grenze zu konstruieren, innerhalb derer sich Menschen versammeln. Gerade rechtspopulistische Bewegungen erscheinen daher als Vorbilder einer organisatorischen Parteimoderne.³⁴

Fraglich bleibt, ob dieses Erfolgsrezept – neben allen weiteren Zutaten des Rechtspopulismus, die hier gar nicht in Abrede gestellt werden sollen – einer Verbindung von gefühlter Demokratisierung der Organisation und Flexibilität des Engagements einerseits sowie der Vermittlung unverbrüchlicher Grenzen und Fundamente andererseits von anderen Parteien wiederholt werden kann. Die Ermöglichung der Formulierung *kollektiver* Probleme sollte dabei ein Kernbestandteil sein, ohne aber durch eine zu offensichtliche Konzentration von Entscheidungsmacht das gewachsene Selbstbewusstsein der BürgerInnen zu brüskieren.

Eine modernisierungstheoretische Perspektive darauf, wie kollektive Erfahrungen unter den Bedingungen zeitgenössischer Individualisierung überhaupt noch gemacht und wahrgenommen werden und inwiefern diese mit einem sich wandelnden Verständnis von Emanzipation und Progressivität vereinbar sind und handlungswirksam werden können, kann hier möglicherweise wichtige Fingerzeige geben.

³⁴ Vgl. Ingolfur Blühdorn u. Felix Butzlaff, Rethinking Populism: Peak democracy, liquid identity and the performance of sovereignty, in: European Journal of Social Theory, Februar 2018, S. 1–21, Open Access URL: <http://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/1368431017754057> [eingesehen am 12.11.2018].



Dr. Felix Butzlaff, geb. 1981, ist Universitätsassistent am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Jura in Göttingen und Santiago de Chile. Er arbeitet zum Wandel von Demokratie, Beteiligung und Partizipation sowie zur Entwicklung von Parteien und sozialen Bewegungen. Seit 2011 Redaktionsmitglied bei INDES.